



Nr. 88 / 13. Juni 2018

Monitor Patientenberatung 2017: Bürgerbeauftragte sieht sich bestätigt

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung und die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) haben gestern (Dienstag) den „Monitor Patientenberatung 2017“ präsentiert und verschiedene Probleme der Versicherten im Gesundheitswesen in den Blick genommen. „Die UPD benennt viele Defizite und Herausforderungen im Versicherungssystem, die auch ich mit zunehmender Sorge beobachte“, sagte die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten Samiah El Samadoni heute in Kiel.

Die UPD sieht laut ihrem Bericht vor allem große Ungerechtigkeiten beim Thema Krankengeld. Die Bürgerbeauftragte bestätigte die Einschätzung: „Die Folgen einer verspäteten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung sind immer noch völlig unverhältnismäßig und existenzbedrohend.“ Es sei nicht nachvollziehbar, dass eine Lücke von einem Werktag zur Einstellung des Krankengeldes führe, wenn Betroffene unstreitig weiter krank seien. „Maßgeblich für Krankengeldansprüche sollte allein die Frage sein, ob Versicherte nachweisbar arbeitsunfähig sind“, betonte El Samadoni.

Ebenfalls sieht die Bürgerbeauftragte folgenreiche Defizite in der Kommunikation der Krankenkassen mit ihren Versicherten. „Gerade bei der Einstellung von Krankengeld wegen vermeintlich wiedererlangter Arbeitsfähigkeit werden die Betroffenen regelmäßig im Stich gelassen.“ Den Versicherten werde nicht mitgeteilt, weshalb der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) den Gesundheitszustand anders beurteile als die behandelnden Ärzte. Außerdem würden sie häufig nicht ausreichend über alternative Sozialleistungen beraten und informiert. „Die Kassen müssen ihrer Auskunftspflicht verantwortungsvoll und transparent nachkommen“, forderte El Samadoni. „Zusätzlich sollten sich Versicherte von einer unabhängigen Stelle beraten lassen, um nicht auf ihre Rechte zu verzichten.“

Der Bericht zeige insgesamt viele Ansatzpunkte für notwendige Verbesserungen im Versicherungssystem. „Ich werde weiterhin dafür kämpfen und freue mich über die Unterstützung durch die UPD“, sagte El Samadoni. Die Bürgerbeauftragte stellt ihren Tätigkeitsbericht 2017 in der Landespressekonferenz am 28. Juni vor.